

ANFRAGE von Tobias Langenegger (SP, Zürich) und Sibylle Marti (SP, Zürich)

Betreffend Einmischung der Trumpregierung an der Universität Zürich sowie den
Fachhochschulen

Am 15. März 2025 berichtete die NZZ, dass die ETH Zürich, wie anscheinend diverse weitere Universitäten weltweit, durch die Trumpregierung zu Forschungsprojekten befragt wurde. Dabei ging es insbesondere auch darum, ob Forschungsprojekte mit Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion oder mit der Klimakrise zu tun haben. Die Freiheit und Unabhängigkeit von wissenschaftlicher Forschung und Lehre ist eine zentrale Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie. Entsprechend ist sie verfassungsrechtlich geschützt. Zudem ist der starke, unabhängige Wissenschaftsstandort ein entscheidendes Fundament der Schweizer Prosperität. Eine solche Einmischung in die Forschungsfreiheit ist inakzeptabel und gilt es in aller Form abzuwehren.

Der Kanton Zürich besitzt mit der Universität Zürich und den Fachhochschulen ebenfalls Institutionen, welche an internationalen Forschungsprojekten teilnehmen. Aus diesem Grund haben wir die folgenden Fragen an den Regierungsrat:

1. Wurde die Universität Zürich oder eine Fachhochschule ebenfalls von der Trumpregierung befragt? Wenn ja, wie viele Forschungsprojekte sind betroffen?
2. Gibt es bei der Universität Zürich und den Fachhochschulen Vorgaben, wie sie mit solchen Einmischungen in die Forschungsfreiheit umgehen? Wenn ja, welches Vorgehen sehen diese vor?
3. Wie schätzt der Regierungsrat allgemein diese Einmischung in die Forschungsfreiheit ein und was machte er dafür, die Universität Zürich und die Fachhochschulen davor zu schützen? Erhält der Regierungsrat hierbei Unterstützung von Institutionen des Bundes?
4. Sind andere Staaten bekannt, deren Regierungen im Rahmen der internationalen Forschungszusammenarbeit oder der Forschungsförderung in Forschungsverbünden Einfluss auf Ziele und Inhalte der Projekte nehmen oder zu nehmen versuchen?

Tobias Langenegger
Sibylle Marti